

Jenseits der Parteiendemokratie? Herausforderungen der politischen Partizipation

Frank Decker, Marcel Lewandowsky und Marcel Solar

Zusammenfassung

Der Aufsatz zeigt Formen, Bedeutung und Probleme politischer Partizipation. Wahlen sind und bleiben ihre wichtigste Form, weil sich in ihnen die politische Gleichheit der Bürger manifestiert. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht wird indes zu einer Farce, wenn benachteiligte Gruppen der Gesellschaft von ihm keinen Gebrauch machen. Dieser Trend hat in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen. Eine Ursache dafür liegt in der Repräsentationsschwäche der politischen Parteien.

Politische Partizipation im Wandel

Die Legitimität demokratisch verfasster politischer Systeme speist sich aus zwei Quellen: der Zustimmung, die die Herrschaftsform im Allgemeinen und die Ausübung der Herrschaft im Speziellen von Seiten der Regierten erfährt, und der Regierungsfähigkeit. Die erste Quelle wird in der Demokratietheorie als Input-Legitimation, die zweite als Output-Legitimation bezeichnet. Input- und Output-Legitimation stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, bleiben aber im Kern aufeinander bezogen. Denn inhaltlich richtige Entscheidungen, die zur Problemlösung beitragen, nützen wenig, wenn sie nicht zugleich bei den Adressaten auf Akzeptanz stoßen. Diese Akzeptanz kann nur über geeignete Input-Strukturen hergestellt werden, die den Entscheidungsbetroffenen die Möglichkeit geben, auf die politischen Inhalte einzuwirken und sie in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Mangelt es an der Akzeptanz, verfehlen die Entscheidungen entweder ihre Wirkung. Oder sie rufen Protest und Widerstand hervor, der sich im schlimmsten Fall zu einem anhaltenden Loyalitätsentzug gegenüber der Politik und dem politischen System auswächst.

Die Forderung nach Beteiligung macht den Kern der Input-Legitimation aus; in ihr verdichtet sich die ursprüngliche Idee der Volkssouveränität, wonach die Herrschaft vom Volkswillen ausgehen bzw. von diesem getragen sein muss. Das Partizipationsziel kann weit oder eng ausgelegt werden. In der weitesten Auslegung der partizipatorischen Demokratietheorie stellt es auf eine mög-



Frank Decker



Marcel Lewandowsky



Marcel Solar

Partizipatorische
Demokratietheorie

lichst umfassende und intensive Teilhabe aller in sämtlichen Phasen der Willens- und Entscheidungsbildung ab, die vom Gleichheitsgedanken ausgeht und über den staatlichen Bereich hinaus potenziell die ganze Gesellschaft erfasst; Partizipation und Inklusion gehen dabei ineinander über (Schmidt 2010: 236ff.). In der engeren Auslegung basiert es auf der Kontroll- und Sanktionsmacht, die den Bürgern über die Wahlen zuwächst. Hier wird die Demokratie vor allem als Wettbewerbsmodell verstanden, das dem Volk die Möglichkeit gibt, die Regierenden bei Bedarf auszutauschen (Kaiser 2004).

In ihrer berühmten Vergleichsstudie zur politischen Kultur in fünf ausgewählten Demokratien hatten Almond und Verba (1963) Ende der fünfziger Jahre für die Bundesrepublik einen Überhang obrigkeitstaatlicher Einstellungen diagnostiziert. Deutschland galt in der Begrifflichkeit der Autoren als „Untertanenkultur“ (*subject culture*), die sich in ihrer Konfliktscheu und Partizipationsfeindlichkeit von den fortgeschrittenen „Staatsbürgerkulturen“ (*civic culture*) Großbritanniens oder der USA unterschied. In diesen bildete die Wertschätzung der demokratischen Institutionen, das Bedürfnis der Bürger nach politischer Beteiligung und die Orientierung am Output, also den Leistungen der Politik, ein gesundes Gleichgewicht.

Der Wandel hin zu einer stärker partizipationsorientierten Kultur setzte ironischerweise just zu dem Zeitpunkt ein, als Almond und Verba ihre Untersuchung veröffentlichten. Die Spiegel-Affäre im Jahre 1962 stellte dabei eine wichtige Zäsur dar. Sie war das Signal für die Herausbildung einer kritischen Medienöffentlichkeit, die wachsende Teile der bis dahin regierungsfrommen Bevölkerung einbezog. In der Folge glichen sich die Einstellungen der Bundesbürger den angelsächsischen Musterdemokratien rasch an. Der Generationenwechsel, die auch im Alltagsleben vollzogene Öffnung nach Westen und die „Kulturrevolution“ der 68er-Bewegung führten zu einer dauerhaften Demokratisierung auf der Wert- und Verhaltensebene. Ihren Höhepunkt erreichte die Partizipationsorientierung in den siebziger Jahren. Nach dem Machtwechsel zur sozial-liberalen Koalition kam es zu einer verschärften Polarisierung in der Innenpolitik, die ihrerseits maßgeblich auf die Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg zurückging. Die wachsende Politisierung der Bevölkerung schlug sich in Rekordwahlbeteiligungen von um die neunzig Prozent und einer Hochphase der beiden Volksparteien nieder, die in dieser Zeit ihre – gemessen am Wähleranteil und der Mitgliederquote – größte Bindungskraft erreichten.

Zur weitreichenden Ausschöpfung der „verfassten“ gesellten sich die „nicht-verfassten“ oder unkonventionellen Partizipationsformen, die bis dahin nur sporadisch aufgetreten waren. Hatte sich die Studentenrevolte der 68er noch gegen den Vietnam-Krieg und die autoritären Tendenzen in Staat und Gesellschaft gerichtet, so kam es ab Mitte der siebziger Jahre zur Herausbildung einer von zahlreichen Bürgerinitiativen getragenen Umweltbewegung, deren Hauptbetätigungsfeld der Protest gegen die Kernenergie war. Eine Extremform der politischen Partizipation stellte der militante Linksterrorismus dar, der seinen blutigen Höhepunkt ebenfalls in den siebziger Jahren erreichte. Die Umwelt- und Friedensbewegung sollte diesen Irrweg vermeiden. Durch die Entstehung einer neuen Partei – der Grünen – gelang es hier sogar, den Widerstand in die Bahnen der verfassten Partizipation zu lenken.

In den achtziger Jahren kam die Rede von der „Politikverdrossenheit“ in Mode (Arzheimer 2002). Die Krise der repräsentativen Institutionen spiegelte sich in der nachlassenden Integrationskraft des Parteiensystems. Ihre Ursachen liegen zum einen im gesellschaftlichen Bereich, wo die Pluralisierung und Neuformierung der Konfliktlinien (*cleavages*) dazu führt, dass sich die natürlichen Bindungen der Parteien an ihre typischen Wählerklientelen abgeschwächt haben. Zum anderen ist es für die Politik schwieriger geworden, die Menschen durch staatliche Leistungen dauerhaft zufriedenzustellen. Wachstumseinbrüche und die finanzielle Überbeanspruchung des Staates ließen die Verteilungsspielräume schon in den siebziger Jahren sinken, während gleichzeitig das Bewusstsein für die ökologischen oder kulturellen Negativfolgen der Modernisierung stärker hervortrat. Beide Probleme haben sich unter den Bedingungen des beschleunigten Globalisierungsprozesses in den neunziger Jahren noch verschärft. Rückläufige Wahlbeteiligungen, häufigere Abwahl der Regierungen und wachsender Zuspruch für rechte oder linke Protestparteien sind seither in allen westlichen Demokratien zu einer Dauererscheinung geworden.

Politikverdrossenheit

Der historische Rückblick zeigt, dass es kein allgemeines Entwicklungsgesetz der Partizipation gibt. Zwar lässt sich in der Bundesrepublik wie auch in anderen westlichen Demokratien seit den fünfziger Jahren ein allgemeiner Trend in Richtung mehr Partizipation ausmachen, der zugleich mit einer Ausweitung der Partizipationsformen einhergeht. Gleichzeitig vollzieht sich die Partizipation jedoch in Schüben, wechseln Phasen stärkeren und schwächeren Engagements im kollektiven Handeln einander ab. Wie lassen sich diese Zyklen erklären? Wichtig ist zunächst die Unterscheidung zwischen nachfrage- und angebotsseitigen Ursachen. Auf der Nachfrageseite wird das Engagement durch gesellschaftliche Missstände hervorgerufen; auf der Angebotsseite speist es sich aus der bürgerschaftlichen Kompetenz und den Bedingungen der politischen Kommunikation. Während die Unzufriedenheit mit der eigenen materiellen Lebenssituation als Triebfeder der 68er- und Umweltbewegung nur eine untergeordnete Rolle spielte, ist sie für die heutigen globalisierungskritischen Gruppen – etwa die Occupy-Bewegung – erneut zu einer zentralen Quelle des Protests geworden.

Der Protestforscher Wolfgang Kraushaar (2012) hat in diesem Zusammenhang auf die Parallele zum sogenannten „Arabischen Frühling“ hingewiesen. Auch hier ging der Aufruhr von einer überwiegend gut ausgebildeten jungen Generation aus, die sich durch die politischen und sozialen Zustände in ihren Ländern um die Zukunft betrogen fühlte. Die Revolte richtete sich gegen die dafür verantwortlichen autoritären Systeme und deren Machthaber. Eine Schlüsselrolle für das Zustandekommen und die Ausbreitung der Revolte kam den Medien zu. Moderne Kommunikationstechniken wie Satellitenfernsehen, Mobiltelefone und das Internet erleichterten den Aufbau einer Gegenöffentlichkeit, die vom staatlichen Herrschaftsapparat nur schwer zu überwachen war. Damit halfen sie den oppositionellen Kräften, sich zu organisieren.

Arabischer Frühling

Gegenöffentlichkeit

Auch in den demokratischen Ländern haben sich die Bedingungen der politischen Beteiligung durch die neuen Medien verändert (Schmidt 2012). Das Internet erweitert einerseits das Spektrum der herkömmlichen, auf dem Sender/Empfänger-Modell basierenden Massenmedien, da es die Chance eröffnet,

soziale Netzwerke wesentlich mehr Informationen in wesentlich größerer Geschwindigkeit („Echtzeit“) zu verbreiten. Zum anderen schafft es ein neues Feld für die interaktive Kommunikation und den Informationsaustausch. Die sozialen Netzwerke bewirken sowohl eine Entgrenzung als auch eine Segmentierung des öffentlichen Raums, in dem die politische Willensbildung stattfindet.

Maß der Partizipation Mit den neuen technischen Möglichkeiten geht auch die demokratietheoretische Debatte um das richtige Maß der Partizipation in eine neue Runde. Das Hauptargument der Partizipationsskeptiker lautet, dass es den meisten Bürgern schlicht an der Kompetenz fehle, sich aktiv in das politische Geschehen einzubringen. Als Laien seien sie an der Politik nur mäßig interessiert, würden den eigenen Nutzen über das Gemeinwohl stellen, hätten wenig Sachverstand und auch nicht das notwendige Zeitbudget und „Sitzfleisch“, um die vorhandenen oder gebotenen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Die Befürworter von mehr Beteiligung zeichnen dagegen ein sehr viel positiveres und optimistischeres Bild. Ihnen zufolge sind die Bürger nicht nur in der Lage, Politik im allgemeinen zu beurteilen und deren Sinn zu begreifen; sie verfügten auch über die Fähigkeit und den Willen, sachkundig an konkreten Beratungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Die Herausbildung von politischer Kompetenz in diesem allgemeinen und spezifischen Sinne sei allerdings kein Selbstgänger. Sie bedürfe der Einübung durch entsprechende Angebote, Lernhilfen und Zusatzen. Erfahrungen erlange man nur, wenn man auch Gelegenheit erhalte, sie zu sammeln. Eine Schlüsselbedeutung für die demokratische „Selbstermächtigung“ komme dabei der politischen Bildung zu (Richter 2011: 234ff.).

politische Bildung

Die optimistische Sichtweise geht davon aus, dass politische Beteiligung ihren Wert bereits in sich selbst trägt. Im Grunde kann es für sie keine Grenzen der Beteiligung geben. Die Demokratie soll sowohl im staatlichen als auch im gesellschaftlichen Bereich expandieren. Ihre Verwirklichung wird als fortwährende Aufgabe gesehen, als „Programm zur Wiedergewinnung des Politischen“ (Schmidt 2010: 238). Die Skeptiker betrachten Beteiligung demgegenüber eher unter funktionellen Gesichtspunkten. Nicht ihre einseitige Maximierung sei das Ziel, sondern ein ausgewogenes Verhältnis von Partizipation, Kontrolle und Effizienz. Für die Akzeptanz und Stabilität der demokratischen Ordnung könne übermäßige Beteiligung sogar schädlich sein, weil sie zu einer Anspruchsinflation führe und die politischen Entscheidungsträger unter Dauerstress setze. Zwischen Aktivismus und Apathie müsse es eine gesunde Mischung geben.

Insgesamt findet sich eine kaum zu überblickende Zahl an Möglichkeiten der politischen Beteiligung. Van Deth (2003: 175ff.) listet allein über 70 verschiedene Formen auf, die in wissenschaftlichen Arbeiten irgendwann unter die Lupe genommen wurden. Diese können unter verschiedenen Gesichtspunkten unterschieden und klassifiziert werden. Wissenschaftlich griffen Barnes/Kaase u.a. (1979) die Veränderungen der Partizipationskultur in ihrer „Political Action“-Studie auf, indem sie die nicht-verfassten Beteiligungsformen, die ausgangs der sechziger Jahre aufkamen und vor allem auf Protest ausgelegt waren, in ihre Analyse integrierten. Seitdem sind immer wieder neue Formen der politischen Beteiligung entstanden bzw. Formen in die Politik eingebracht worden, die vorher dem privaten Raum vorbehalten waren. Aus der jüngeren Vergangenheit wäre hier etwa die Mobilisierung für oder gegen bestimmte An-

liegen im Internet zu nennen. Auch ein kritisches Konsumverhalten, das auf ökologisch oder arbeitsrechtlich fragwürdige Produktionsbedingungen hinweisen will, wird mittlerweile als Form der politischen Beteiligung angesehen (Teorell/Torcal/Montero 2007).

Die nachfolgende Darstellung knüpft an die Grundunterscheidung von verfassten und nicht-verfassten Partizipationsformen an, wobei innerhalb der letzteren zusätzlich zwischen legalen und illegalen und hier wiederum zwischen zivilen und gewaltsamen Formen differenziert wird. Anknüpfend an eine ältere Studie von Uehlinger (1988) hat Beate Hoecker (2006: 11) eine solche Klassifikation vorgeschlagen. Sie wird hier leicht modifiziert und um einige neuere Partizipationsformen ergänzt wiedergegeben.

Abb. 1: Typologie politischer Partizipation

Dimensionen politischer Beteiligung	Formen politischer Beteiligung	konkrete Akte politischer Beteiligung
verfasst	Staatsbürgerrolle Parteiorientierte Partizipation	– sich an Wahlen oder Abstimmungen beteiligen – in einer Partei mitarbeiten – einen Kandidaten unterstützen
nicht-verfasst a) legal	Problemorientierte Partizipation	– Mitarbeit in einer Bürgerinitiative – Teilnahme an einer genehmigten Demonstration – Unterschriften sammeln – sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen – Online-Protest – kritischer Konsum
b) illegal – gewaltlos	ziviler Ungehorsam	– Teilnahme an einer verbotenen Demonstration – Verkehrsblockade – Besetzungsaktionen – Krach bei Demonstration – Beteiligung an wilden Streiks
– gewaltsam	politische Gewalt	– Gewalt gegen Personen und Sachen – politische Gegner einschüchtern

Quelle: Hoecker 2006: 11, eigene Ergänzungen.

Zur Nutzung der verschiedenen Beteiligungsformen in der Bundesrepublik

Blickt man auf die tatsächliche Nutzung der aufgeführten Beteiligungsformen, so zeigen sich zwischen den verschiedenen Verfahren wie auch im Zeitverlauf erhebliche Unterschiede.

Über allen anderen Beteiligungsformen steht die Teilnahme an Wahlen als zentrales Instrument zur Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle. Laut Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) geben

Teilnahme an Wahlen

rund 80 Prozent der Bundesbürger an, bereits an Wahlen teilgenommen zu haben. Zieht man die tatsächlich ausgewiesenen Wahlbeteiligungen aus den amtlichen Statistiken heran, so müssen dazu zwei einschränkende Bemerkungen gemacht werden: Einerseits nimmt die Beteiligung an den Wahlen zum Bundestag seit den siebziger Jahren kontinuierlich ab. Während an der Bundestagswahl im Jahr 1972 noch 91,1 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen, waren es im Herbst 2009 nur noch 70,8 Prozent. Andererseits liegt die Beteiligung an Landtags-, Kommunal- und Europawahlen noch meist erheblich darunter. Die über den Zeitverlauf rückläufige Wahlbeteiligung zeigt sich freilich auch hier (Decker/Lewandowsky/Solar 2013: 41).

Teilnahme an
Abstimmungen

Zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems muss auch unterschieden werden, wenn die andere Ausprägung der Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle betrachtet wird: die Teilnahme an Abstimmungen im Rahmen direktdemokratischer Entscheidungen. So finden sich auf der Bundesebene nach wie vor keine direktdemokratischen Instrumente, auch wenn die Debatte über Vor- und Nachteile einer Einführung von Volksentscheiden ins Grundgesetz so alt ist wie die Bundesrepublik selbst (Wiegand 2006). In Kommunen und Ländern können die Bürger dagegen mittels Bürger- bzw. Volksbegehren eigene Themen auf die Agenda setzen und bei hinreichender Unterstützung auch verbindliche Volksabstimmungen durchsetzen. Die Beteiligung an solchen Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene liegt im Durchschnitt bei 49,7 Prozent der Abstimmungsberechtigten (Mehr Demokratie 2013), bei Volksentscheiden auf Landesebene nahmen im Schnitt 42,4 Prozent teil. Insgesamt ist die Beteiligung an Volksentscheiden also geringer als an Wahlen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass hier über einzelne Sachfragen entschieden wird und nicht über ganze Programmpakete, die breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. Obwohl Bürger- und Volksentscheide inzwischen häufiger stattfinden, spielen sie im Vergleich zu den Wahlen in der Bundesrepublik immer noch eine Randrolle. Dabei gibt es allerdings beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

parteiorientierte
Partizipation

Bedeutend schwächer fällt die Beteiligung im Rahmen der parteiorientierten Partizipation aus. Die Mitarbeit bzw. Mitgliedschaft in politischen Parteien kommt nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung in Frage. Weniger als zwei Prozent aller Wahlberechtigten sind momentan Mitglied einer politischen Partei (Niedermayer 2013: 370). Genau wie bei der Wahlbeteiligung ist zudem der Anteil der Parteimitglieder seit einigen Jahrzehnten insgesamt rückläufig (s.u.).

Kommunen:
Bürgerbeteiligung

Betrachtet man es als Merkmal der „verfassten“ Partizipationsformen, dass diese den Bürger von staatlicher Seite aus zur Verfügung gestellt werden, so können zumindest für die kommunale Ebene weitere Verfahren angeführt werden. In den Kommunen wird heute zunehmend mit neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung experimentiert. So werden z.B. Bürgergutachten verfasst, Konzepte und neue Ideen in Bürgerforen oder Zukunftswerkstätten erarbeitet, Bürgerhaushalte eingerichtet oder Umfragen im Rahmen von Bürgerpanels durchgeführt. Der Instrumentenkasten der Bürgerbeteiligung wird dabei stetig erweitert. Anders als Wahlen und Abstimmungen haben diese Verfahren aber zumeist nur beratenden Charakter, werden punktuell eingesetzt und richten sich an eine begrenzte Anzahl von interessierten Bürgern (Nanz/Fritsche 2012).

Bei den nicht-verfassten Formen der politischen Beteiligung sind es lediglich die legalen Partizipationsmöglichkeiten, die von größeren Teilen der Bevölkerung ergriffen werden. Zumindest die Hälfte der Bundesbürger hat sich bereits einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt. Etwa ein Viertel versuchte über Konsumententscheidungen Einfluss zu nehmen, nahm an öffentlichen Diskussionen oder genehmigten Demonstrationen teil. Die voraussetzungsvollere Mitarbeit in Bürgerinitiativen sowie neue Formen der Online-Beteiligung spielten für weniger Leute eine Rolle. Gleichwohl zeichnet sich eine über den Zeitverlauf wachsende Nutzung von Beteiligungsformen ab, mit denen konkrete Themen oder Entscheidungen problematisiert werden oder auch Protest zum Ausdruck gebracht wird. Darüber hinaus werden Partizipationsformen wie etwa die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen heute von größeren Teilen der Bevölkerung als legitim angesehen als in der Vergangenheit. Insgesamt ist die Bedeutung der problemorientierten Partizipation also gewachsen. Keine große Rolle für die Bürger spielen hingegen Formen des zivilen Ungehorsams und der politischen Gewalt (Decker/Lewandowsky/Solar 2013: 81ff.).

Unterschriften-
sammlung

Demonstrationen

zivilen Ungehorsam

Abb. 2: Tatsächliche Nutzung verschiedener Partizipationsformen in der Bundesrepublik 1988 bis 2008

Partizipationsform	1988	1998	2008
Wahlbeteiligung	83,7	80,9	79,6
Unterschriftensammlung		37,6	47,3
Kritischer Konsum			27,9
Öffentliche Diskussionen	22,7	22,9	26,7
Genehmigte Demonstration		15,9	21,2
Bürgerinitiative	12,3	8,6	10,7
Online-Protest			7,8
In Partei mitarbeiten	5,1	4,1	4,9
Ungenehmigte Demonstration	2,5	3,6	3,8
Kandidaten unterstützen	4,8	3,2	
Verkehrsblockade		1,8	
Politische Gegner einschüchtern	0,9	0,7	
Besetzungsaktionen	0,7	0,6	
Krach bei Demonstration	0,3	0,6	
Gewalt gegen Personen	0,3	0,4	

Quelle: Allbus-Datenhandbuch 1980-2008, Studien-Nr. 4570.

Bedenklich muss stimmen, dass in den Augen der Bürger ausgerechnet jene Partizipationsformen an Gewicht verlieren, die an die politischen Parteien gekoppelt sind. Darunter fällt nicht nur die Mitgliedschaft und aktive Mitwirkung in den Parteien, sondern auch die Teilnahme an Wahlen. Schließlich führt bei der Selektion des politischen Personals und Kandidatenaufstellung nach wie vor kaum ein Weg an den Parteien vorbei. Zudem wird bei Wahlen zwischen politischen Programmen entschieden, die das Ergebnis innerparteilicher Prozesse sind. Die Zurückhaltung gegenüber den Parteien verblüfft, wenn man bedenkt, dass es sich hier um die potenziell machtvollste Form der Beteiligung handelt, die unmittelbar in politische Entscheidungen einmündet. Die Parteiaktiven prägen zum einen die inhaltliche Ausrichtung der Willens- und Entscheidungsbildung. Zum anderen haben sie „die Möglichkeit, an der politischen Eli-

tenauslese unmittelbar mitzuwirken oder gar selbst ein politisches Amt anzustreben bzw. eine politische Karriere einzuschlagen“ (Wiesendahl 2012: 126). Natürlich können auch Akte der problemorientierten Partizipation Wirkungen nach sich ziehen, oftmals steht hier aber die bloße Artikulation von Interessen oder Beeinflussung der öffentlichen Diskussion im Vordergrund. Dennoch nimmt gerade die Bedeutung solcher Beteiligungsformen zu, während auf der anderen Seite eine Krise der politischen Parteien bzw. der Parteiendemokratie beschworen wird.

Auswirkungen des Aufstiegs alternativer Beteiligungsformen auf die Parteien

Politische Parteien bilden in repräsentativen Demokratien die entscheidende Schnittstelle zwischen Bürgern und Staat. In der Bundesrepublik gipfelt dieser hohe Stellenwert in ihrer Normierung als Verfassungsinstitutionen. Art. 21 GG regelt die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung. Jenseits dieser Regelung hat die Forschung den Parteien im Laufe der Zeit umfassende Funktionenkataloge zugeschrieben, die sich auf vier Kernfunktionen reduzieren lassen (Decker 2011: 16):

- *Repräsentation*: Parteien bilden die Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft ab, sind also ein Ausdruck sozialer Kräfte. Durch die Formulierung politischer Programme versuchen sie, die Interessen der von ihnen vertretenen Wählergruppen zu artikulieren und zu bündeln.
- *Steuerung*: Parteien streben nach Regierungsmacht und üben unmittelbaren Einfluss auf die staatliche Willensbildung und Entscheidungsfindung aus. Im Wettbewerb mit ihren Mitstreitern sorgen sie für politische Innovationen.
- *Legitimation*: Als Institutionen der Willensbildung verkörpern die Parteien das demokratische Prinzip im Allgemeinen und dessen plebiszitäre Komponente im Besonderen. Indem sie die Bürger mobilisieren und zur Partizipation anhalten, tragen sie zur politischen Integration des Gemeinwesens bei.
- *Sozialisation und Elitenrekrutierung*: Parteien wählen das politische Führungspersonal aus und trainieren es für die Übernahme von staatlichen (bzw. kommunalen) und Regierungsämtern. Als Karrierevehikel sind sie dabei zugleich Interessengruppen in eigener Sache.

So wie die Parteien, was die Rekrutierung des politischen Personals betrifft, faktisch ein Monopol besitzen, so bleiben die Mitwirkungsrechte in den Parteien exklusiv an die Mitgliedschaft gebunden. Das Modell der Mitgliederpartei ist in der Bundesrepublik auch rechtlich festgeschrieben, was im internationalen Vergleich die Ausnahme darstellt. In der Praxis hat es allerdings an Attraktivität deutlich eingebüßt, wie ein Blick auf die Mitgliederentwicklung belegt. Zusammengefasst haben alle Parteien seit 1990 rund 53 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Das entspricht einem Absinken des Rekrutierungsgrades von

3,7 Prozent im Jahr 1990 auf 1,9 Prozent im Jahr 2011. In Ostdeutschland ist die Anzahl der Parteimitglieder noch weitaus geringer (Niedermayer 2013: 370ff.). Betrachtet man die Entwicklung der Mitgliederzahlen seit Mitte der neunziger Jahre, sind von den Verlusten ausschließlich die beiden großen Parteien betroffen (und von der Union wiederum nur die CDU); die kleinen Parteien konnten ihre jeweiligen Bestände halten oder leicht steigern. Bezogen auf die Zahl ihrer Wähler weisen FDP, Grüne und Linke dabei immer noch einen deutlich niedrigeren Organisationsgrad auf als CDU und SPD; über die im Verhältnis zur Wählerschaft meisten Mitglieder verfügt die CSU.

Wenn die Mitarbeit in Parteien die potenziell einflussreichste Form politischer Partizipation darstellt, drängt sich natürlich die Frage auf, warum sie so wenig nachgefragt wird. Die in der Literatur angebotenen Erklärungen stellen vor allem auf den hohen Ressourcenaufwand für den einzelnen ab, dem ein nur ungewisser Nutzen gegenüberstehe. Die Parteiarbeit nimmt viel Zeit in Anspruch, Termine finden häufig am (Feier-)Abend statt, man muss sich in gewachsenen Strukturen zurecht finden und einen Mitgliedsbeitrag entrichten. Wer tatsächlich Einfluss ausüben, politische Ziele durchsetzen und auf der eigenen Karriereleiter nach oben kommen will, braucht Machtwillen, gute Nerven und auch ein gehöriges Stück Idealismus, da die Mitarbeit in Parteien in der Öffentlichkeit und im eigenen Umfeld meistens wenig Prestige mit sich bringt.

So wie sich innerhalb der Bevölkerung nur ein relativ kleiner Kreis von Personen in den Parteien engagiert, so bestehen auch innerhalb der Parteien, was den Grad der Aktivität angeht, große Unterschiede. So stuft sich laut einer neuen Mitgliederstudie lediglich ein gutes Viertel (27 Prozent) der Befragten als sehr bzw. ziemlich aktiv ein, ein knappes Drittel (31 Prozent) bezeichnet sich als überhaupt nicht aktiv (Spier u.a. 2011). Als häufigste Form der Aktivität nennen die Mitglieder den Besuch von Parteiversammlungen, aber auch hier gibt nur die Hälfte (51 Prozent) an, dies regelmäßig zu tun. Bedeutend weniger Mitglieder sind bereit, sich darüber hinaus zu engagieren, z.B. durch die Übernahme eines Amtes in der Partei (29 Prozent), Hilfe bei der Organisation der Parteiarbeit (27 Prozent), eine Kandidatur für öffentliche Ämter (23 Prozent) oder die Werbung von neuen Mitgliedern (14 Prozent).

Allgemein ist davon auszugehen, dass der Anteil aktiver Mitglieder bei mitgliederschwachen Parteien größer ist als bei mitgliederstarken. Besonders ausgeprägt zeigt sich dieses Phänomen in den neuen Ländern. Weil der Organisationsgrad – gemessen an der Mitgliederdichte – hier im Schnitt nur etwa halb so groß ist wie in den Altbundesländern (bei der SPD beträgt er sogar nur ein Fünftel), wären die Parteien ansonsten kaum noch in der Lage, genügend Kandidaten zu rekrutieren, um Vorstandsposten und kommunale Wahlämter zu besetzen. Umgekehrt zeigt das Beispiel der Piraten, dass auch in einer Partei mit basisdemokratischer Gesinnung und hehren Partizipationsansprüchen die Teilnahmebereitschaft an Grenzen stößt.

Die demokratiepolitische Problematik der abnehmenden Teilnahmebereitschaft wird noch deutlicher, wenn man die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft betrachtet. Diese bildet nicht nur immer weniger den Bevölkerungsquerschnitt ab, sondern entfernt sich auch zunehmend von den gesellschaftlichen Ursprüngen der Parteien. Das betrifft im Besonderen die Volks-

abnehmende
Teilnahme-
bereitschaft

parteien. Mehrere Aspekte lassen sich hier ausmachen. Erstens befinden sich die Parteien hinsichtlich der Vertretung höherer und unterer Bevölkerungsschichten in einer Schieflage. So sind es zunehmend Besserverdienende und Akademiker, die sich in Parteien engagieren (Merkel/Petring 2012: 109); zugleich sind Frauen deutlich unterrepräsentiert (Wiesendahl 2012).

Zweitens unterliegt neben der Mitgliedschaft auch die Anhänger- und Wählerschaft der Parteien einem starken Wandel. Immer weniger Menschen sind bereit, bei mehreren Wahlen hintereinander – oder gar ihr ganzes Leben lang – ein und dieselbe Partei zu wählen. Parallel dazu nimmt die Zahl der „Wechselwähler“ zu. Die Lockerung der Parteibindung wird als *dealignment* bezeichnet. Ursächlich dafür sind Entwicklungen, die sich am besten mit dem Begriff der „Pluralisierung“ zusammenfassen lassen (Decker 2011: 25f.):

- *Tertiarisierung und Ausbau des Wohlfahrtsstaates.* Während mit dem Übergang zur nachindustriellen Dienstleistungsökonomie die Grundlagen der alten Klassengesellschaft erodieren, sorgt der moderne Wohlfahrtsstaat gleichzeitig dafür, dass gesellschaftliche Aufgaben wie Erziehung und Bildung und die Bewältigung individueller Lebensrisiken (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) von gemeinschaftlichen Institutionen in die staatlichen Hände verlagert werden. Die Schutzfunktion der einstigen Milieus wird dadurch entbehrlich.
- *Individualisierung und Wertewandel.* Der Wandel der Arbeitswelt und Erwerbsformen, die steigenden Möglichkeiten und Bedürfnisse des Konsums sowie die Pluralität sozialer Normen und Werteinstellungen führen dazu, dass sich die individuellen Lebensverläufe und -stile immer stärker unterscheiden. Religiöse Werte verlieren im Zuge der Säkularisierung an Bedeutung, während auf der anderen Seite materielle durch immaterielle Wertvorstellungen abgelöst bzw. ergänzt werden.
- *Bildungsexpansion und Medienangebot.* Verbesserte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die technisch bedingte Vervielfachung des Medienangebots vervollständigen die Individualisierung der Lebensführung auf der Informationsseite. Sie wecken das Bedürfnis nach mehr Partizipation, setzen Parteien und Politiker unter erhöhten Rechtfertigungsdruck und tragen dazu bei, dass kurzfristige Faktoren wie Kandidaten- und Themenorientierung für die Wahlentscheidung an Bedeutung gewinnen.

Bemerkenswert ist, dass die Sozialisations- und Elitenrekrutierungsfunktion der Parteien von diesen Entwicklungen weitgehend unberührt blieb. Auch ihre politische Steuerungsfunktion wurde nicht nennenswert beeinträchtigt. Gelitten haben allerdings die repräsentative Qualität der Parteien und ihre Legitimationsfunktion. Mit Blick auf das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Parteien, das unter dem Stichwort „Politikverdrossenheit“ firmiert und sich in nachlassender Organisationskraft, Nichtbeteiligung an Wahlen, „abweichendem“ Stimmverhalten sowie anderweitigen Protestformen mitteilt, scheint es berechtigt, von einer anhaltenden „Krise“ der Parteiendemokratie zu sprechen.

Damit wird freilich mehr verdeckt als erklärt. Erstens hat die Krisenerzählung die modernen politischen Parteien im Grunde seit ihrer Entstehung begleitet (Siri 2012). Zweitens ist Politikverdrossenheit nicht gleichbedeutend mit

Politiker-, Parteien- oder Systemverdrossenheit. Keinesfalls darf sie mit Apathie oder politischem Desinteresse verwechselt werden. Schenkt man den Befragungen Glauben, wird das System insgesamt von den Bürgern immer noch deutlich besser bewertet als dessen einzelne Institutionen oder Akteure und die von ihnen betriebene Politik. Und drittens muss berücksichtigt werden, dass die Unzufriedenheit auch Ausweis einer kritischeren Grundeinstellung der Bürger gegenüber der Politik sein kann, die unter Demokratiegesichtspunkten durchaus positiv zu betrachten ist. Dasselbe gilt mit Blick auf die abnehmende „natürliche“ Bindung der Wähler, die dazu führt, dass das personelle und Programmangebot der Parteien bei der individuellen Wahlentscheidung eine größere Rolle spielt.

Unterstützung findet die Krisenthese, wenn man die Struktur der Wähler betrachtet, die von den etablierten (systemtragenden) Parteien nicht mehr erreicht werden; unter diesen sind die sozialökonomisch und -kulturell marginalisierten Bevölkerungsteile überproportional vertreten. Das Gleichheitsversprechen, auf dem die Demokratie beruht, auch in materieller Hinsicht abzusichern, fällt in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft offenbar zunehmend schwer. Wie die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in vielen europäischen Ländern zeigen, leiden unter diesem Problem gerade die sozialdemokratischen Parteien, obwohl diese aufgrund ihrer traditionellen Werte- und Interessenbasis am ehesten in der Lage sein müssten, die unteren Schichten der „Modernisierungsverlierer“ anzusprechen. In der Repräsentationslücke spiegeln sich die zentrifugalen Tendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich auch politisch zu einer Entsolidarisierung geführt haben. Der Drang der Volksparteien zur Mitte hat diese Tendenz befördert. Er ließ ein Vakuum an den rechten und linken Rändern des Parteienspektrums entstehen, in das kleinere Parteien erfolgreich hineinstoßen konnten.

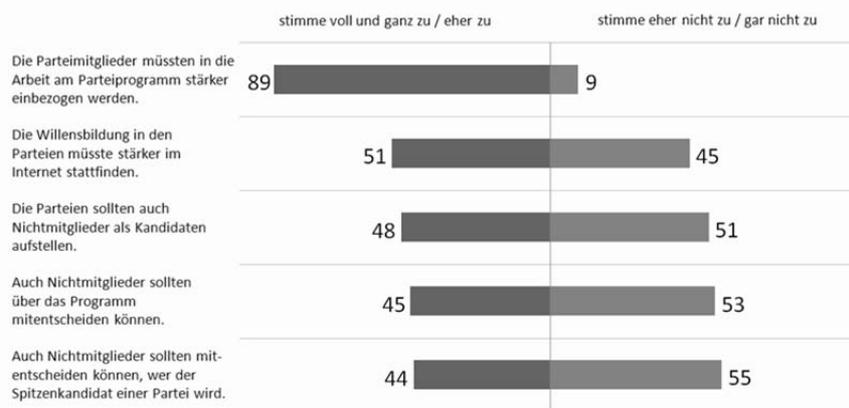
Struktur der Wähler

Müssen die Parteien sich öffnen? Umfrageergebnisse aus Nordrhein-Westfalen

Um der tatsächlichen oder vermeintlichen Krise der Parteien zu begegnen, wurden in den letzten Jahren zunehmend Forderungen nach umfassenden Organisationsreformen laut. Diese reichen von einer Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten von Parteimitgliedern bis hin zum passiven wie aktiven Mitbestimmungsrecht für Nichtmitglieder (Decker/Lewandowsky/Solar 2013: 103). Das Dilemma für die Parteien besteht allerdings darin, dass jede Öffnung auch ein Aufweichen der organisatorischen Exklusivität mit sich bringt, die ihre Vormachtstellung im politischen Prozess aushöhlt. Hinzu kommt, dass Organisationsreformen Satzungsänderungen bedingen, für die es der Zustimmung eben jener Parteifunktionäre bedarf, die damit ihre Privilegien beschneiden würden. Nicht ohne Grund verschwanden Blaupausen für Reformen, wie sie etwa die SPD in den neunziger Jahren wiederholt anstieß („Netzwerkpartei“; „SPD 2000“) regelmäßig in den Schubladen der Parteizentralen.

Ob grundlegende Organisationsreformen die Parteien überhaupt attraktiver machen würden, ist keineswegs ausgemacht. Für das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen hierzu Ergebnisse einer Partizipationsstudie vor (ebd.: 104ff.). In deren Parteienteil wurden fünf verschiedene Reformvorschläge abgefragt: (1) Stärkerer Einbezug von Mitgliedern in die Programmarbeit; (2) Stärkere innerparteiliche Willensbildung im Internet; (3) Aufstellung von Nichtmitgliedern als Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate; (4) Einbezug von Nichtmitgliedern in programmatische Entscheidungen von Parteien; (5) Einbezug von Nichtmitgliedern in die Wahl von Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate. Gerade der letzte Punkt hatte in den letzten Jahren einen gewissen Hype in der öffentlichen Debatte erfahren. Im Wesentlichen soll hier das US-amerikanische Verfahren der *primaries* adaptiert werden.

Abb. 3: Bewertung von Parteireformen



Frage: Es werden ja verschiedene Maßnahmen diskutiert, damit sich wieder mehr Bürger in den politischen Parteien engagieren. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Maßnahmen, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

Quelle: Decker/Lewandowsky/Solar 2013: 104.

Insgesamt zeigt sich, dass die meisten Befragten gerade den am weitestgehenden Reformen nicht so aufgeschlossen gegenüberstehen, wie man es angesichts wachsender Parteientskepsis erwarten würde. Die passive wie aktive Beteiligung von Nichtmitgliedern findet in keinem Fall mehrheitliche Zustimmung, auch die Ausweitung der Beteiligung im Internet wird insgesamt nur von 51 Prozent befürwortet.

Antworten nach sozialen Gruppen

Schlüsselt man die Antworten nach sozialen Gruppen auf, ergibt sich ein gemischtes Bild. Die Aufstellung von Nichtmitgliedern als Kandidaten wird von Frauen und Männern gleich stark abgelehnt (jeweils 51 Prozent). Bei der aktiven Beteiligung von Nichtmitgliedern sind die Frauen hingegen aufgeschlossener. Für die Öffnung der Wahl der Spitzenkandidaten votieren hier 52 Prozent gegenüber 37 Prozent der männlichen Befragten; für ein Mitentschei-

dungsrecht Externer bei Programmfragen ebenfalls 52 Prozent gegenüber 39 Prozent bei den Männern. Eine noch breitere Varianz der Ergebnisse wird erkennbar, wenn man die Antworten nach dem Bildungsabschluss der Befragten sortiert. So sprechen sich 58 Prozent der Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss dafür aus, dass auch Nichtmitglieder mitentscheiden sollen, wer Spitzenkandidat einer Partei wird. Bei den Befragten mit Abitur sind es lediglich 33 Prozent. Ein vergleichbares Ergebnis ergibt sich für die Beteiligung von Nichtmitgliedern an Programmentscheidungen: Dem stimmen 56 Prozent der Volks- oder Hauptschulabsolventen und nur 31 Prozent der Abiturienten zu. Lediglich bei der Frage nach der Aufstellung von Quereinsteigern als Kandidaten gleichen sich die Daten etwas an (52 gegenüber 44 Prozent Zustimmung).

Während die Bevölkerung die Beteiligung von Nichtmitgliedern überwiegend skeptisch sieht, stimmt sie mit überwältigender Mehrheit (von um die 90 Prozent) der Forderung zu, die Rechte der Parteimitglieder zu stärken. An diesem Punkt gibt es zwischen den sozialen Gruppen praktisch keine Unterschiede. Die Befunde zeigen, dass die Bürger den Parteien nach wie vor Vorrechte bei der Bestellung politischen Personals und bei der Formulierung von Programmen einräumen. Allzu euphorischen Reformvorschlägen, die auf die umfassende Beteiligung von Nichtmitgliedern abzielen, wird dadurch der Wind aus den Segeln genommen. Die Parteiorganisationen müssen also nicht zwingend nach außen geöffnet, sondern die Arbeit innerhalb der Parteien attraktiver gestaltet werden.

Eine sinnvolle Reformmaßnahme könnten erstens darin bestehen, dass die Parteien die langwierigen Prozesse programmatischer Mitarbeit ein Stück weit entschlacken, indem sie ihre Entscheidungsfindung stärker in die Hand inhaltlicher Arbeitsgruppen legen. Deren Stimmengewicht auf den Parteitag müsste entsprechend erhöht werden. Ein zweites naheliegendes Instrument wären Urabstimmungen: Die Mitglieder entscheiden nicht nur über das Führungspersonal, sondern auch über Programmfragen direkt. Dabei könnten Elemente bisheriger Verfahren weiter bestehen. Viele Parteien arbeiten bereits mit Programmkommissionen, die Vorschläge der Gliederungen aufgreifen und integrieren. Auch die informelle Einbindung der Parteibasis in die Planung und Organisation von Wahlkämpfen ist in manchen Landesverbänden längst gängige Praxis (Lewandowsky 2013). Und drittens müsste sich die Führung durchringen, Mitgliederbegehren zu kontroversen Sachfragen zu erleichtern. Was die Bürger auf der kommunalen und Landesebene heute schon können – Entscheidungen „von unten“ herbeizuführen –, sollte den Mitgliedern einer Partei nicht vorenthalten bleiben.

Schlussbemerkung

Die Umfrageergebnisse müssen nicht als generelle Absage an eine größere Offenheit der Parteien für Nichtmitglieder interpretiert werden, um die sich alle Parteien in der Bundesrepublik heute mehr oder weniger zaghaft bemühen. Sie

Beteiligungsrechte
der Basis

verstehen sich vielmehr als Warnung, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun und die Stärkung der Mitgliederrechte gegen die Öffnung nach außen auszuspielen. So wie die als potenzielle Unterstützerguppen anzusprechenden Nicht-Mitglieder es sich auf Dauer nicht gefallen lassen werden, wenn über die Resultate ihrer inhaltlichen Arbeit am Ende andere entscheiden, so weckt die Beteiligung von Nichtmitgliedern an der innerparteilichen Willensbildung bei den Mitgliedern natürliche Abwehrreflexe. Diesen lässt sich begegnen, wenn man die Beteiligungsrechte der Basis insgesamt ausweitet. Das heißt: Urwahlen und Mitgliederentscheide sollten nicht mehr nur sporadisch und nach Gutdünken der Parteispitze eingesetzt werden, sondern feste Regel sein. Dabei könnte man innerhalb der Organisation Abstufungen vornehmen. Bestimmte Entscheidungen wären ausschließlich den Mitgliedern vorbehalten, während andere – nach dem Vorbild der US-amerikanischen Vorwahlen – auch Nicht-Mitgliedern und Unterstützern offen stünden.

Wahlrecht

Die Herausforderung der politischen Beteiligung wird heute vor allem durch die Repräsentationsschwäche der Parteien bestimmt. Ablesbar ist sie an der wachsenden sozialen Selektivität der Wahlbeteiligung. Wahlen sind und bleiben die wichtigste Form der Partizipation, in der sich die politische Gleichheit der Bürger manifestiert. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht wird zu einer Farce, wenn die benachteiligten Gruppen der Gesellschaft von ihm keinen Gebrauch machen und den Wahlen immer mehr fernbleiben. Dieser Trend hat in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen. Zwar gibt es keine Belege, dass das Problem durch den Ausbau und die Nutzung anderweitiger Partizipationsformen (etwa im Bereich der direkten Demokratie) zusätzlich verschärft wird: Die Benachteiligten bleiben nicht in noch größerer Zahl weg, weil die politisch Interessierten aus den besser gestellten Schichten solche Beteiligungsangebote wahrnehmen. Dennoch muss es verwundern, dass die Politikwissenschaft ihre Aufmerksamkeit eher den neuen Beteiligungsmodellen widmet, statt sich um eine Revitalisierung der vorhandenen parteidemokratischen Institutionen zu bemühen, in denen der Repräsentationsgedanke immer noch am besten aufgehoben ist.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Sidney Verba (1963), *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Arzheimer, Kai (2002), *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden.
- Barnes, Samuel H./Max Kaase u.a. (1979), *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills.
- Decker, Frank (2011), *Parteien und Parteiensysteme in Deutschland*, Stuttgart.
- Decker, Frank/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar (2013), *Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation*, Bonn.
- Hoecker, Beate (2006), Politische Partizipation: systematische Einführung, in: dies. (Hg.), *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*, Opladen, S. 3-20.
- Kaiser, André (2004), Alternanz und Inklusion. Zur Repräsentation politischer Präferenzen in den westeuropäischen Demokratien, 1950 – 2000, in: ders./Thomas Zittel (Hg.), *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung*, Wiesbaden, S. 173-196.

- Kraushaar, Wolfgang (2012), *Der Aufruhr der ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg.
- Lewandowsky, Marcel (2013), *Landtagswahlkämpfe. Annäherung an eine Kampagnenform*, Wiesbaden.
- Mehr Demokratie (2013), *Bürgerbegehrensbericht 2012*, Berlin.
- Merkel, Wolfgang/Alexander Petring (2012), Politische Partizipation und demokratische Inklusion, in: Christian Krell/Tobias Mörschel (Hg.), *Demokratie in Deutschland*, Wiesbaden, S. 93-119.
- Nanz, Patrizia/Miriam Fritsche (2012), *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*, Bonn.
- Niedermayer, Oskar (2013), Parteimitgliedschaften im Jahre 2012, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44 (2), S. 365-383.
- Richter, Emanuel (2011), *Was heißt politische Kompetenz? Politiker und engagierte Bürger in der Demokratie*, Frankfurt a.M./New York.
- Schmidt, Manfred G. (2010), *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Aufl., Wiesbaden.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2012), Das demokratische Netz?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (7), S. 3-8.
- Siri, Jasmin (2012), *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*, Wiesbaden.
- Spier, Tim u.a., Hg. (2011), *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden.
- Teorell, Jan/Mariano Torcal/José Ramón Montero (2007), Political Participation. Mapping the Terrain, in: Jan W. van Deth/José Ramón Montero/Anders Westholm (Hg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies*, London, S. 334-357.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Van Deth, Jan W. (2003), Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*, 4. Aufl., Opladen, S. 167-187.
- Wiegand, Hanns-Jürgen (2006), *Direktdemokratische Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte*, Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (2012), Partizipation und Engagementbereitschaft in den Parteien, in: Christian Krell/Tobias Mörschel (Hg.), *Demokratie in Deutschland*, Wiesbaden, S. 121-157.



Gottfried Oy, Christoph Schneider

Die Schärfe der Konkretion

Reinhard Strecker, 1968
und der Nationalsozialismus in der
bundesdeutschen Historiografie

2013 - 252 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-933-5

Der Jahrzehntwende von den 1950er zu den 60er Jahren kommt eine wichtige Rolle in zwei historischen Groß Erzählungen zu. Für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus gilt sie als Wendepunkt vom Verleugnen hin zu Auseinandersetzung und Aufarbeitung. Zugleich finden sich hier die Anfänge der Jugend- und Studentenbewegung, die 1968 ihren Höhepunkt erreichte. Diese erinnerungspolitische Konstellation wird in dreierlei Hinsicht aufgenommen. In West-Deutschland war es damals eine kleine Zahl von Einzelpersonen, die an die NS-Vergangenheit rührte, darunter der Student Reinhard Strecker.

Einem Gespräch mit dem früheren Aktivist, dessen Aktion Ungesühnte Nazi-justiz 1959/60 öffentlich für Wirbel sorgte, folgt ein Essay, der die Entwicklung des Verhältnisses der 68er-Bewegung zum Nationalsozialismus beleuchtet und sie als eine Art Schwundgeschichte rekonstruiert. Ein weiterer Essay prüft die Substanz der erinnerungspolitischen Groß Erzählung von der erfolgreichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

Empfohlen von

Deutschlandradio Kultur

